

Bern, 18. Mai 2010

## Medienmitteilung

### Vernehmlassung: Keine Verfassungsgerichtsbarkeit durch die Hintertür

#### FDP verlangt Zusatzbericht vom Bundesrat und Grundsatzdiskussion

---

Die Rechtskommission will wegen der zunehmenden Verlagerung von Kompetenzen von der Kantons- auf die Bundesebene die Verfassungsgerichtsbarkeit einführen. Diese grundlegende Verschiebung im Machtgefüge zwischen Volk, Parlament und Gerichten will die Kommission auf der Basis einer parlamentarischen Initiative festlegen. Damit würde die Verfassungsgerichtsbarkeit quasi durch die Hintertür eingeführt. Ein solches Vorgehen lehnt der Vorstand der *FDP.Die Liberalen* in der Vernehmlassung dezidiert ab. Stattdessen hat der Bundesrat einen der Bedeutung der Frage entsprechenden Bericht vorzulegen. Dieser soll die Folgen der Verfassungsgerichtsbarkeit auf die Zuständigkeit von Parlament und Volk sowie die Nutzung des Initiativrechts aufzeigen. Die Vorlage ist eine Schwächung der Volksrechte und wird vom Vorstand der FDP abgelehnt.

*FDP.Die Liberalen* anerkennt die Kompetenzenverlagerung hin zur Bundesebene. Bisher als kantonale Gesetze vom Bundesgericht zur Verfassungskontrolle unterzogene Gesetze werden so der Verfassungskontrolle entzogen. Eine Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit betrifft aber zentrale Fragen der Rollenverteilung zwischen Volk, Parlament und Gerichten. Absehbar ist, dass sich Gerichte vermehrt zur verfassungsmässigen Auslegung und Umsetzung von Volksabstimmungen äussern müssten. Das würde zu einer Verpolitisierung des Bundesgerichts und zu Rechtsunsicherheit führen. Als Folge davon wäre auch die Diskussion über die präventive Kontrolle der Zulässigkeit von Volksinitiativen durch eine gerichtliche Instanz vorgespurt, selbst wenn sich die Vorlage zu dieser Frage nicht äussert.

Für die FDP besteht somit die Gefahr, dass die Sorge über die juristische Kontrolle der zunehmend auf Bundesebene verlagerten Rechtsetzungskompetenzen zu einer grossen institutionellen Reform mit nicht abgeklärten Auswirkungen auf die Rollenverteilung der Gewalten auslöst. Für eine solche Diskussion fehlen in der Vorlage schlicht die relevanten Informationsgrundlagen. Eine Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit durch die Hintertür lehnt die FDP ebenso ab wie die Schwächung der Volksrechte.

Die Vernehmlassungsantwort der *FDP.Die Liberalen* finden Sie online:

[http://www.fdp.ch/images/stories/Dokumente/Vernehmlassungen/20110518\\_VL\\_Verfassungsgerichtbarkeit\\_d.pdf](http://www.fdp.ch/images/stories/Dokumente/Vernehmlassungen/20110518_VL_Verfassungsgerichtbarkeit_d.pdf)

---

#### Kontakte:

› Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 230 02 03

› Nationalrat Philipp Müller, 079 330 20 79

› Nationalrat Christian Lüscher, 079 355 37 52

› Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63

Philippe Miauton, Pressesprecher, 079 277 68 41